

Erscheint täglich
früh 6¹/₂ Uhr.

Redaktion und Expedition
Zobaustrasse 33.
Sprechstunden der Redaktion:
Vormittag 10—12 Uhr.
Nachmittag 4—6 Uhr.

Der für die Redaktion eingetragene Name
nicht auf die Redaktion und
veröffentlicht.
Annahme für die nächsten folgenden Nummern bestimmt
Vorher am Vormittag, am Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.
zu den Minuten für das Ablieferung:
Otto Stamm, Universitätsstr. 22,
seine 2. Seite, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Mit-Ausgabe 16,200.
Abonnementssatz vierfach 4,200.
incl. Beitragslohn 5 Pf.
durch die Post bezogen 6 Pf.
Preis einzelner Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabedruckungen
ohne Postbezeichnung 39 Pf.
mit Postbezeichnung 48 Pf.

Insetate 50 Pf. Zeitzeile 20 Pf.
Großere Schriften laut unserem
Preisverzeichniß. — Tabellarische
Sätze nach höherem Tarif.
Reklamen unter dem Redaktionssatz
die Spaltzeile 40 Pf.
Insetate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rücksicht wird nicht
gegeben. Zahlung präsummiert
oder durch Postverzeichniß.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nº 272.

Montag den 29. September 1879.

73. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, können die geehrten Abonnenten Karte und Rechnung bereits von heute an in Empfang nehmen lassen.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Um genauer Nachricht bringt hierdurch die Vorschriften:
daß jeder ankommende Fremde, welcher hier übernachtet, am Tage seiner Ankunft, und wenn diese erst in den Abendstunden erfolgt, am andern Tage Vormittag von seinem Wirth unter seinem Fremden-Bureau anmelden ist, diejenigen Fremden aber, welche länger als drei Tage hier sich aufhalten, Anmeldechein zu lösen haben,
in Erinnerung und bemerken, daß Verhandlungen derselben mit einer Gebühr von 15 Mark oder verhältnismäßiger Haftstrafe geahndet werden würden.

Leipzig, 21. September 1879.

Das Polizei-amt der Stadt Leipzig.

Dr. Rüder, Daegner, S.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 28. September.

Die sogenannte Kanzlerschule hat förmlich ihre Geschichte und mit dieser wiederum in politischen Kreisen Alles gesammelt, was darauf Bezug hat. Heute liegt eine neue Version in dieser Angelegenheit vor. Über den Fürsten Gortschakoff gehen der offizielle „Darmstädter Zeitung“ von Berlin aus einige interessante Mitteilungen zu. Danach hält man in Berliner unterrichteten Kreisen die Erschöpfung Gortschakoffs durch den Fürsten Lobanoff nicht für unmöglich und ventiliert die augenblickliche Situation nach der Eventualität hin, daß Bismarck womöglich mit dem Wiener Vertrag auch einer Besiedlung zwischen Russland und Österreich die Wege bahnen möchte. Gortschakoff habe schon zu wiederholten Malen wegen Altersschwäche und Krankheit um seine Entlassung gebeten, jedoch aus Wunsch des Czaren das Vortheilelle beibehalten; wenn Derselbe sich auch jetzt merlich erholt habe, so würde sich bei einer ernstesten Thätigkeit das alte Uebel bald wieder einstellen. Falls nicht außerordentliche Zwischenfälle eintreten, bedächtigt Gortschakoff, erst gegen Ende October Baden-Baden zu verlassen. In der nämlichen Correspondenz wird daraus hingewiesen, daß der bekannte Interviewbericht im „Soleil“ gegenüber Auslagen von Gewährleuten in Biellem doch nicht recht zutreffend sei. Was Gortschakoff's Sympathien für alles Französische betrifft, so sind dieselben weit älter als der Friede von San Stefano und der Berliner Vertrag. Gortschakoff befandt diese Sympathien stets im öffentlichen und Privatleben eben Schritt und Tritt, besonders aber in Baden-Baden seit Jahren. Wahr ist, daß Gortschakoff sich in politisch einer nur zu erklärenden Zurückhaltung befindigt, und es ist Thatache, daß er alle Neugierigkeiten, die ihn mit ihrer Aufdringlichkeit in seinen Kurzöfen zu Dutzenden befallen, entschieden zurückgewiesen hat. Im Salon aber und namentlich in der Damenwelt ist er aus angebotener Galanterie wohl weniger vorsichtig und beantwortet mit großer Gefälligkeit manche an ihm herantretender naive und pikante Fragen. So erklärte er u. a. im engeren Theatersaal auf das Bestimmteste, daß es zwischen ihm und dem Fürsten Bismarck niemals eine persönliche Differenz gegeben habe. Was die Politik anbetrifft, namentlich die neuzeitliche Handelspolitik des deutschen Reichskanzlers, so bezeichnete Gortschakoff dieselbe für nachtheilig, meinte aber, sie würde Russland durchaus keinen wesentlichen Schaden thun. Die Bestände Frankreichs schilderte er als sehr günstige, finanziell sei aber das Resultat nicht bloß Frankreichs Steuermaximen, sondern hauptsächlich seiner sehr lebhaft entwickelten Industrie zu danken. Die politische Lage consolidierte sich in Frankreich über alles Erwartete, und so sehr auch das traurige Ende des Prinzen Napoleon zu beklagen sei, so meint Gortschakoff doch, man könne Frankreich zu dem Ergebnis nur Glück wünschen, da es die günstige Entwicklung des Landes im Innern wesentlich fördern werde. So die Berliner Correspondenz der offiziellen „Darmstädter Zeitung.“

Man darf sich der Wahrnehmung nicht verschließen, daß sich gegenwärtig evangelische Orthodoxie und Ultramontanismus fleißig in die Hände arbeiten, um die liberalen Einflüsse auf Kirche und Schule abzuwerfen. So bringt die „Allg. Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung“ unter der Überschrift „Rom und Berlin“ ein kritisches Resümee über den Gang der Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und dem Apostolischen Stuhl. Die jesuitische „Germania“ hilft die Wiedergabe desselben bei der Bedeutung des Blattes und der durch dasselbe vertretenen kirchlichen Richtung für angemessen, erhebt aber gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der gegebenen Übersicht der Verhandlungen „wohl“

begündete Zweifel. Die „Evangel. Luth. Kirchenzeitung“ leitet ihre Ausführungen mit der Bemerkung ein, daß trotz aller Leitartikel und Telegramme die Sache noch auf denselben Fleiß stehe wie bei Beginn des Jahres. Dann heißt es zum Schluss:

Wir unsrerseits bleiben bei unserem Geterumense, der unselige Streit kann durch Unterhandlungen mit der Curie nicht gelöst werden, so lange die Maigesehe bestehen; und wird aus denselben bestellt, was die östlich-katholische Kirche nicht annehmen kann, so werden Unterhandlungen über die eigentlich wichtigen Fragen unnötig; es kann sich dann nur um Dinge, wie die Angelegenheit der Ernennung der Geistlichen und Berufsnahmen, wie die Amnestierung der verarbeiteten Bischöfe, handeln, was keine Schwierigkeit mehr machen würde. So lange aber der Staat sich nicht aus eigener Initiative zur Revision seiner kirchlichen Gesetzgebung entschließt, so lange ist auch alles Reden von einem modus vivendi zwecklos, denn so beschreibt die Doctrina waren, welche die Maigesehe entwarfen, so haben sie ihr Handwerk doch hinreichend verstanden, um es unmöglich zu machen, iabschlußlich einen Zustand durchzuführen, der im direkten Widerstreit mit den Gegebenheiten steht, wenn er auch nur den Namen eines modus vivendi verdient sollte. Das Centrum spielt Dies zu erkennen. Nachdem das jangunne Vertrauen auf die Wohl des Thaillachen gewundert, erheben seine Organe auf Reue den Ruf: „Bestellung der Maigesehe.“ Alles wird darauf ankommen, ob es den Kanzler in die Lage seien kann, sein zu den so formulierten zu müssen, daß es Dies erreicht.“

Dem Blatte der heisspornten Orthodoxen, daß den Reichskanzler mit seinen Epigrammen überschütten — bemerkst dazu sehr tressend die „R.-B.“ — ist bereits das Centrum zu gemäßigt und das Blatt drückt ihm die Marsohrone in die „allergetreueste Opposition“ in die Hand. Allein selbst der „Germania“ geht diese Kriegslust zu weit. Sie begleitet den Artikel der „C.-L.-R.-B.“ mit einigen abschöpfenden Bemerkungen, in welchen sie vor optimistischen Erwartungen warnt, aber erklärt, nicht die Hoffnung anzugeben, daß die Regierung in richtiger Würdigung der Interessen des Landes endlich ernsthafte Schritte zur Beendigung des unheilvollen Kampfes thun wird; an Entgegenkommen kirchlicherseits wird es ihr gewiß nicht fehlen; aber die Kirche kann und wird niemals einen „Kirchhofrieden“ acceptiren.“

Die neuen Freunde des Reichskanzlers bestreichen sich in ihrer Polemik gegen die Liberalen einer unverkennbaren katholischen Ausdrucksweise. Als Beispiel des Tons, der sich gegenwärtig in der ultramontanen Presse eingebürgert hat, seien wir folgende Kastenstelle aus der „Schle. B.-B.“ mit:

„Die beiden Männer, welche auch unser gutes Breslau an den Grund des Verderbens geführt haben, sollen wir noch ehren. Die liberale Presse hat die Freiheit, und zu jungen, einer unserer Straßen Hallstraße und einer anderen Straße zu nennen. Eine solche Redit ist unerhörbar. Es ist geradezu ein Ansehen der gesamten Bürgerschaft seitens der liberalen, durch die Judenpresse die Stadt regierenden Klasse.“

Gegen den Schlag der letzten Reichstagssession wurde, wie man der „Nat.-Asg.“ schreibt, der Bundesrat mit dem Entwurf des Strafvollzugsgesetzes besetzt, welches infolge in ihm nicht mehr zur Debatte kam. Es ist nun die abgeprägte Absicht, den Bundesrat und zwar möglichst bald mit dieser Angelegenheit wieder zu besetzen, um dieselbe dem Reichstag bald nach seinem nächsten Zusammentritt unterbreiten zu können. Bei den großen Schwierigkeiten, welche zu beseitigen waren, um den Entwurf so weit zu ordnen, und angeblich das wesentlich lebhaftesten Bedürfnisse, die jetzige Schwierigkeit der Bestimmungen angeblich der einheitlichen Rechtspflege zu regeln, erscheint es begreiflich, daß man eine weitere Verzögerung der Frage zu vermeiden bestrebt ist. In Bremen z. B. ist der früher so lebhaft aufgetretene Wunsch, das Gefangenewesen vom Justizminister reformieren zu lassen, noch nicht von der Tagesordnung verschwunden.

Wir ersuchen hierdurch die Bewohner unserer Stadt, der Freude über das frohe, bedeutungsvolle Ereignis der Gründung des Reichsgerichts am 1. Oktober dadurch Ausdruck zu verleihen, daß sie die Gebäude an diesem Tage mit reichlichem Blumengeschmuck versehen.
Leipzig, den 27. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Meier Schmidt.

Bekanntmachung.

Anmeldungen zu dem Abendfest am 1. Oktober d. J. werden nur noch bis heute Mittag 12 Uhr angenommen.

Leipzig, den 29. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi.

Bekanntmachung.

Wir haben beschlossen, in der Nähe des neuen Krankenbaues und zwar an der Ecke der Stephanstraße und Weissenbausstraße eine Station für drei Droschen zu errichten, was hierdurch in allgemeiner Nachfrage bekannt gemacht wird.
Leipzig, den 28. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Richter.

Bekanntmachung.

Wir haben beschlossen, in der Nähe des neuen Krankenbaues und zwar an der Ecke der Stephanstraße und Weissenbausstraße eine Station für drei Droschen zu errichten, was hierdurch in allgemeiner Nachfrage bekannt gemacht wird.
Leipzig, den 28. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Richter.

Keine Würde ohne Würde. Ja Bayern muß jeder, dem seitens des Königs eine Würde oder ein Titel verliehen wird, eine Gebühr entrichten. Diese „Taten“ sind durch einen neuerlichen Erlass des Königs folgendermaßen geregelt worden:

Für die Verleihung der Würde eines erblichen Reichsbaudes wird eine Gebühr von 300 Pf. für die Verleihung der Würde eines lebenslangen Reichsbaudes, dann des Titels eines Geheimen Rates, eines Geheimen Hofrätes oder eines Hofrätes eine solche von 100 Pf. erhoben. Die Gebühr für die Verleihung aller übrigen Würden und Titel, mit welchen kein Dienstleben verbunden ist und welche sich den Stellen active, in Belohnung keines Dienstes oder Staats- oder Militärbediensteten nicht angleichen, beträgt 50 Pf. Die Gebühren liegen in die Staatskasse. Die Gebühr für die Verleihung des Hofstifts an Industrielle und Kaufleute wird auf den Betrag von 50 Pf. festgesetzt, welche zu zwei Dritteln in die Stifts-, Kaufs- und zu einem Drittel in die Stifts-, Kaufs- und Bolzengebühren neben obigen finden nicht statt.

Von jenseit des „Canale“ wenig News. Selbst Balk und Afghane schleichen nur noch vereinzelt durch die Spalten der englischen Presse. Die Regierung geht, wie die „Press-Association“ erzählt, ernstlich mit dem Gedanken um, beide Häuser des Parlaments anfangs November einzuberufen, um dieselben mit Bezug auf den neuen Ausbruch der Feindseligkeiten in Afghanistan zu Rate zu ziehen. Über den Verlust des Fürsten Bismarck in Wien läßt sich unter allen englischen Zeitungen nur eine, nämlich die „Daily News“ in unzufriedenen Ton vernehmen und das ist, wie eine Londoner Correspondenz der „A. B.“ bemerkt, allerdings bezeichnend für dieses Blatt, welches während des orientalischen Krieges eine ungemeine Vorliebe für Russland gezeigt hat.

Ja Prag grüßt die Bismarck-Furcht. Die Entente mit Deutschland, welche während der Anwesenheit des Reichskanzlers in Wien besiegelt worden ist, bringt die Czechen auf dem Hüpfer, denn sie sehen wohl ein, daß es auch die Kaiser an möglich ist, nach außen hin deutschophile, nach innen anti-deutsche Politik zu machen. Den Erfahrungen der czechischen Kreise geben folgende Auszüge der „Politik“ Ausdruck:

„Erste Tage brechen heran, und wer weiß, was der morgige Tag und bescheeren wird. Timeo Danos et dona ferentes — auch der um unsere Freundschaft werbende Bismarck ist ein verdächtiger Gentleman, und der eigentlich begehrte Wiener, welcher in Schönbrunn rief: „Hoch Bismarck, wenn er es ehrlich mit uns meint!“ hat die Gefürchteten der österreichischen Meinung ganz unwillkürlich in treßendster Weise aufgedrückt. Das rassische darin, daß Ersterem durch eine nachdrückliche Betonung des guten Einvernehmen mit Deutschland Sicherheit vor einem Angriffe des ausdehnungsfähigen Nachbars gewährtsietet wird. Das rassisch-freundliche Blatt geht so weit, die Unabhängigkeit der österreichischen Monarchie vorauszusagen, wobei es von der falschen Vorstellung anzeigt, daß die slavischen Völker Österreich es vorziehen würden, unter den russischen Knute wie die Polen ihrer Nationalität und Sprache beraubt zu werden, welche ihnen durch ihre Vereinigung mit dem österreichischen Kaiserstaat gehoben sind. In der That, eine utopische Vorstellung!

Wo immer die spanische Rasse Colonien gründet: Gewaltthäufigkeiten sind fast regelmäßig zu Tage getreten, um dem Mutterland Schwierigkeiten zu bereiten, ihm schwere Opfer an Gut und Blut aufzuzwingen. Wir wollen heute nur Cuba nennen. Der Kasten scheint dort weitere Fortschritte zu machen. Spanien hat in seiner gewohnten Weise viel versprochen, aber wenig gehalten. Allerdings sind die Rebellen, welche sich ergeben haben, begnadigt worden, manche Anführer wurden jedoch verbannt. Auch die versprochene neue Zivilverwaltung der Insel ist noch nicht erstanden; eben so wenig ist die verheißene Emancipation der Sklaven zur Wahrheit geworden. Unter diesen Umständen ergiebt sich von selbst, daß sich dieser neue Bindスト häuft, oder daß der alte von Neuem explodiert. Das Elend und die Armut in manchen Theilen der Insel ist außerordentlich groß, und besonders sind es die Schwarzen, welche unter der provisorischen Regierung der Republikaner für frei erklärt wurden, die das Innere der Insel unsicher machen, da sie über ihr definitives Schicksal noch immer im Zweifel sind. Es wird nicht an Weinen fehlen, die sich an ihre Spize stellen. Unter Anderem werden drei alte Rebellenkönige genannt: Marcos Gallo, Xareira und Rojo. Die Verbündete aus der Insel sind so traurig, daß auch viele von denen, die früher loyal waren, sich den Insurgenten anschließen

Ein Franzose kann, um mit Herrn Ernest Renan zu reden, der „langvollen Worte“ nicht entbehren. Daß „Reden“ ist nur einmal Stil bei anderen westlichen Nachbarn. Besonders der französische Minister des Innern, Herr Lepère, leidet unter dem Drange, sich Popularität zu verschaffen, angeblich an einer gefährlichen, aber langvollen Schwierigkeit, die für einen Privatmann wenig zu bedenken hat, wenn sie ihm auch nicht zur Stütze gewidmet, für einen Minister aber ihre starke Bedrohung hat. So nahm er auf dem Rücken der von den Entführungsversuchen auf einem Banquet in Belfort noch einmal Gelegenheit, mit besonderem Vorbehalt bei der nunmehr wiederhergestellten Defensivkraft Frankreichs zu verweilen. Auf einen Schlag anspielend, den er der Citadelle gemacht hatte, sagte er, man fühle sich bei dem Anblick der großartigen Dinge, welche seit dem Kriegsende ausgeführt worden waren, wie neu geboren. Gewiß wolle man nur Frieden und Freiheit; aber wenn man doch auf diesem Schlosse steht, welches